

Niederschrift

Ausschuss	Sitzung		
	Lfd. Nr.	Wochentag, Datum	Ort Beginn Ende
Wirtschaftsausschuss	26	Freitag, 17.04.2015	Rathaus (15:00 – 17:15 Uhr) Platz der Deutschen Einheit 1 A1.63

Niederschrift

Anwesenheit

Björn Hinrichs (CDU, Ausschussvorsitzender)

Dr. Helmut Blöcker (Bündnis 90 / Die Grünen)

Matthias Disterheft (SPD)

Henning Jenzen (BIBS)

Annette Johannes (SPD)

Dr. Sebastian Kretschmann (CDU)

Karl-Heinz Kubitza (Bündnis 90 / Die Grünen)

Oliver Schatta (CDU)

Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann (Piraten)

Gabriele Schön (CDU)

Annette Schütze (SPD)

Udo Sommerfeld (Die Linke, Grundmandat)

Gerd Weidner (FDP, beratendes Mitglied)

Bürgermitglieder:

Götz-Rüdiger Kliesch

Gustav Klauenberg

Margit Telgen

Das Protokoll ist von Verwaltung und Ausschussvorsitzenden unterzeichnet. Die Veröffentlichung erfolgt unter Vorbehalt der Genehmigung der Niederschrift im nächsten Wirtschaftsausschuss.

I. Öffentliche Sitzung

Punkt 1 Genehmigung der Niederschrift der 25. Sitzung des Wirtschaftsausschusses (öffentlicher Teil) vom 27. Februar 2015

Ausschussvorsitzender Hinrichs begrüßt die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und die Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es ergeben sich keine Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Sitzung, so dass um Abstimmung gebeten wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja: [7] Nein: [0] Enthaltung: [2]

Punkt 2 Mitteilungen

2.1. DS 14325/15

Sachstand zur Unternehmensbefragung

Wirtschaftsdezernent Leppa geht auf die Mitteilung ein. Der der Mitteilung beigelegte Fragebogen orientiert sich an Vorgaben des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), der bundesweit eingesetzt werden kann. Dadurch kann eine bessere Vergleichbarkeit zu anderen Städten hergestellt werden.

Bürgermitglied Kliesch regt an, unter TOP 4 – Kontaktwunsch ein zusätzliches Feld einzufügen, in dem die befragten Unternehmen Anregungen geben können.

Wirtschaftsdezernent Leppa sagt zu zu prüfen, inwieweit Erweiterungen noch möglich sind. Weiterhin erklärt er, dass der Wirtschaftsausschuss über den Ausgang der Befragung informiert wird.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.2. DS 14314/15

WLAN in Braunschweig und der Region

Wirtschaftsdezernent Leppa erläutert, dass seitens der Braunschweig Zukunft GmbH im Vorfeld Kontakt zu anderen Städten aufgenommen wurde, um zu sehen, wie dort mit dem Thema umgegangen wird. Auch wurde mit mehreren Providern gesprochen, um die Lage zu sondieren und sich mit der Initiative zum Freifunk auseinandergesetzt. Hierbei wurde festgestellt, dass unterschiedliche Strategien verfolgt werden. Wichtig für die Verwaltung ist es, ein stabiles WLAN anzubieten, welches auch auf hochfrequentierten Plätzen störungsfrei und mit ausreichender Bandbreite schnell genutzt werden kann. Ein ebenfalls wichtiger Aspekt ist die Störerhaftung und wie rechtlich damit umgegangen wird.

Die Mitteilung am heutigen Tag soll neben der Information auch dazu dienen, die Meinung des Wirtschaftsausschusses einzuholen.

Ausschussvorsitzender Hinrichs teilt mit, dass für die CDU-Fraktion ein stabiles und zuverlässiges WLAN-Angebot wichtig ist, welches diskriminierungsfrei für

alle Bürger und Besucher Braunschweigs nutzbar ist. Gegen eine Finanzierung mit Werbung ist nichts einzuwenden.

Ratsherr Disterheft weist darauf hin, dass ausdrücklich ein regionales Angebot gewünscht wird. Ein neues Einwählen bei einem Städtewechsel innerhalb der Region, z. B. bei Pendlern, sollte daher vermieden werden. Das WLAN muss auch für Geschäftskunden nutzbar und daher qualitativ hochwertig sein. In diesem Zusammenhang sollte die Bereitschaft der Wirtschaft, dieses Projekt zu unterstützen, abgefragt werden. Er empfiehlt weiter, sich die in Wolfsburg realisierte Lösung anzusehen.

Ratsherr Schicke-Uffmann verweist auf den Freifunk. Die Nutzung von Freifunk kann stabil, unkompliziert und ohne Anmeldung genutzt werden. Er empfiehlt daher, dass sich die Verwaltung intensiv mit der Freifunk Initiative in Braunschweig auseinandersetzt. Weiterhin erklärt er, dass eine tägliche kostenlose WLAN-Verfügbarkeit von einer Stunde zu wenig ist. Besonders im wissenschaftlichen Bereich ist eine längere Nutzung erforderlich. Insgesamt plädiert er dafür, mögliche Kooperationen – insbesondere auch mit dem Freifunk – zu prüfen.

Wirtschaftsdezernent Leppa sagt zu, die Anregungen des Ausschusses in die weiteren Überlegungen mit einzubeziehen. Auch ist eine Kooperation mit dem Freifunk Braunschweig denkbar. Ein wichtiges Ziel bei der Zurverfügungstellung eines kostenfreien WLAN ist vor allem eine regionale Lösung unter Beteiligung der Nachbarstädte. Zur Abstimmung des weiteren Vorgehens nimmt eine Arbeitsgruppe, in der auch die benachbarten Städte vertreten sind, umgehend die Arbeit auf.

Des Weiteren verweist er auf die Stellungnahme des Niedersächsischen Städtetages vom 16. März 2015 zu öffentlichen WLAN-Zugängen und Freifunk sowie den Bericht „WLAN für alle, Freie Funknetze in der Praxis“ der Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Beide Informationen werden der Niederschrift im Ratsinformationssystem elektronisch beigefügt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.3. DS 14315/15

Elektromobilität: Aufbau einer Ladeinfrastruktur in Braunschweig

Wirtschaftsdezernent Leppa geht auf die Mitteilung ein und weist darauf hin, dass das Land Niedersachsen nur den Aufbau von Schnellladesäulen fördert. Mit dem Aufbau von bis zu 16 Ladesäulen an mehreren Standorten setzt die Stadt Braunschweig ein deutliches Signal für die Elektromobilität.

Ratsherr Kubitza bedankt sich für die Ausführungen und geht auf die Vorteile der Elektromobilität ein, durch die ein CO² freies Fahren möglich ist und welches erheblich zur Verminderung der Lärmemissionen durch den Kraftverkehr beiträgt. Daher begrüßt er diesen wichtigen Schritt ausdrücklich.

Ratsherr Disterheft lobt das Projekt und bittet darum, dass alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Ratsfrau Schön erkundigt sich zum technischen Stand, insbesondere ob ein Routing zu den Ladesäulen und eine Integration in Navigationsgeräte vorgesehen werden.

Wirtschaftsdezernent Leppa beantwortet diese und weitere Fragen aus dem Ausschuss. Er weist darauf hin, dass es sich bei dem Projekt um ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben handelt und viele weitere Fragen erst bei der Umsetzung geklärt werden können. Die Ladesäulen entsprechen dem neuesten Stand der Technik und werden sowohl aus Betreiber-, als auch aus Nutzersicht viele Anwendungsmöglichkeiten anbieten. Die Nutzung und damit die Auslastung der Ladesäulen werden überwacht und das Gesamtprojekt evaluiert. Der Wirtschaftsausschuss wird über das Projekt weiter informiert.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.4. DS 14317/15 Regionales Fachkräftebündnis

Ausschussvorsitzender Hinrichs ruft die Mitteilung auf und bittet die Verwaltung um Erläuterung.

Wirtschaftsdezernent Leppa geht auf den zunehmend spürbaren Mangel an Fachkräften und Auszubildenden in unterschiedlichen Branchen ein. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, beabsichtigt die Stadt Braunschweig, sich einem regionalen Fachkräftebündnis anzuschließen. Beteiligt sein sollen nach den Vorstellungen des Wirtschaftsministeriums neben Gebietskörperschaften auch die Kammern, Arbeitsagenturen, Sozialpartner, Hochschulen sowie Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen. Ziel der Mitteilung ist es, den Wirtschaftsausschuss frühzeitig über die Aktivitäten zu unterrichten. Über eine genaue Kostenbeteiligung kann noch keine Aussage getroffen werden, weil entsprechende Förderrichtlinien noch nicht erlassen sind. Der Wirtschaftsausschuss wird über den Fortgang weiter unterrichtet.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.5 Mündliche Mitteilung Fördermöglichkeit des Vereins Fair in Braunschweig aus Mitteln der Kultur- und Kreativwirtschaft

Wirtschaftsdezernent Leppa geht auf die letzte Sitzung des Wirtschaftsausschusses ein, in der gefragt wurde, ob der Verein Fair in Braunschweig aus dem Haushaltsansatz zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft gefördert werden kann.

Eine Prüfung hat ergeben, dass eine Förderung des Vereins Fair in Braunschweig aus diesem Ansatz nicht möglich ist, weil der Verein nicht in den Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft eingeordnet werden kann. Eine Förderung aus diesem Haushaltsansatz würde daher dem Ratsbeschluss zum Haushalt (Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft) zuwiderlaufen.

Die mündliche Mitteilung wird so zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 **Anfragen**

3.1. DS 3466/15

Flächennachweise der Betriebe in den Außenbereichen (Anfrage der CDU-Fraktion)

Ratsherr Dr. Kretschmann geht auf die Anfrage ein. Bereits im letzten Jahr hat die CDU-Fraktion bezüglich der Umsetzung des Ratsauftrages vom 4. Februar 2014 durch die Bauverwaltung nachgefragt. Nach gut einem Jahr sollte über den Sachstand nun erneut berichtet werden.

Frau Ellenberger geht auf die Stellungnahme (DS 10992/15) ein, die im Wirtschaftsausschuss verteilt wird. Die Umsetzung der angekündigten Vorgehensweise hat sich aufgrund einer Stellenvakanz zeitlich verzögert und konnte andererseits aufgrund der Vielzahl vorliegender Bauanträge und deren Bearbeitung, als auch aufgrund prioritär zu bearbeitender Sachverhalte im Bereich Brandschutz und Gefahrenabwehr nicht kompensiert werden können.

Seitens der CDU-Fraktion wird mit Unverständnis auf die Stellungnahme reagiert. Ausschussvorsitzender Hinrichs fasst zusammen, dass durch die Bauverwaltung hierzu anscheinend nichts veranlasst wurde, obwohl ein eindeutiger Ratsauftrag vorliegt. Ratsherr Dr. Kretschmann bittet ausdrücklich darum, dass nach den Sommerferien belastbare Ergebnisse von der Bauverwaltung vorgewiesen werden. Ratsherr Schatta geht auf den hohen personellen Aufwand der Bauordnung für Kontrollen mittelständischer Unternehmer ein. Er thematisiert, dass dafür ausreichende Personalkapazitäten vorgehalten werden.

Frau Ellenberger geht darauf ein, dass ein Schreiben vorbereitet wird, das die Unternehmen auffordert, Pläne hinsichtlich der Sortimente vorzuhalten. Das würde die Kontrolle vereinfachen. Für Ende April ist dazu auch ein Gespräch mit der IHK Braunschweig vereinbart.

Ratsherr Dr. Blöcker reagiert ebenfalls mit Unverständnis auf die Stellungnahme. Auch bei einer hohen Arbeitsbelastung muss es der Verwaltung möglich sein, zumindest ein Schreiben an die Unternehmen aufzusetzen. Dass das bislang nicht passiert ist, kann er in keiner Weise nachvollziehen.

Ratsherr Sommerfeld schließt sich der Diskussion an und nimmt zur Kenntnis, dass die Bauverwaltung trotz eines Ratsauftrages nicht ausreichend tätig geworden ist.

Wirtschaftsdezernent Leppa weist auf die Vielzahl von Bauanträgen im privaten und gewerblichen Bereich aufgrund des Baubooms hin. Darüber hinaus werden an die Bauordnung hohe Anforderungen bezüglich des Brandschutzes gestellt. Bei diesen Tatbeständen handelt es sich um ein akutes, nicht um ein chronisches Problem. Bei allem Unmut bittet er daher um ein Mindestmaß an Verständnis. Er wird die Anmerkungen aus dem Ausschuss an das Baudezernat weiterleiten.

Insgesamt wird das Thema weiter kontrovers diskutiert. Es besteht im Wirtschaftsausschuss Einvernehmen darüber, dass hinsichtlich der Kontrolle der Randsortimente gemäß des Ratsauftrages in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses nach den Sommerferien berichtet werden soll.

3.2. DS 4437/15

Radevent 2015 (Anfrage der SPD-Fraktion)

Wirtschaftsdezernent Leppa verliest die Stellungnahme (DS 10981/15) und ergänzt, dass die Sponsoringeinwerbung schwieriger geworden ist und sich der ZGB an der Veranstaltung nicht mehr direkt beteiligt.

Die Stellungnahme wird so zur Kenntnis genommen.

3.3 DS 3476/15

Mindestlohn im Taxengewerbe (Anfrage der Grünen-Fraktion)

Ratsherr Kubitzka geht auf den Mindestlohn allgemein ein und darauf, dass selbst bei der Einhaltung des Mindestlohnes nur ein geringer Lebensstandard möglich ist. Daher ist die Einhaltung des Mindestlohnes ein wichtiges Thema. Vor diesem Hintergrund wurde auch die Preiserhöhung im Rahmen der Taxentarifordnung beschlossen. Deshalb erfolgt nun die Nachfrage, ob der Verwaltung Erkenntnisse zur Umgehung des Mindestlohnes im Taxengewerbe vorliegen.

Wirtschaftsdezernent Leppa verliest dazu die Stellungnahme (DS 10989/15) der Verwaltung.

Im Rahmen einer Sitzungsunterbrechung wird den Anwesenden aus dem Taxengewerbe die Möglichkeit einer Stellungnahme eingeräumt. Während der Sitzungsunterbrechung werden von den Vertretern aus dem Taxengewerbe Vorwürfe erhoben, dass der Mindestlohn nicht eingehalten werde und eine Überprüfung der Umgehung leicht festzustellen sei. Belastbare Aussagen werden allerdings nicht vorgetragen.

Das Thema Einhaltung des Mindestlohnes im Taxengewerbe wird umfassend diskutiert.

Vom Wirtschaftsausschuss, insbesondere von den Ratsfraktionen der SPD und der Grünen, wird die Bitte an die Verwaltung herangetragen, eng mit der zuständigen Zollverwaltung zu kooperieren und in einen verstärkten Dialog einzutreten. Auch Versicherungsträger (z. B. Krankenkassen, Rentenversicherung) sollten einbezogen werden. Die Stadtverwaltung selbst, als Genehmigungsbehörde für das Gewerbe, soll alle Möglichkeiten nutzen, die ihr zur Verfügung stehen .

Ratsherr Schatta geht auf die in der Sitzungsunterbrechung geäußerte Kritik ein, die seiner Meinung nach nicht konstruktiv war. Sollte tatsächlich eine Umgehung des Mindestlohnes leicht festzustellen sein, wäre es möglich und sinnvoll, wenn die Betroffenen eigenverantwortlich tätig werden und die Missstände anzeigen.

Wirtschaftsdezernent Leppa sagt zu, dass die Verwaltung in Abstimmung mit dem zuständigen FB 32 – Bürgerservice und Öffentliche Sicherheit an die Zollverwaltung herantreten wird. Der Wirtschaftsausschuss wird weiter informiert.

Die Stellungnahme wird so zur Kenntnis genommen.

Vorlagen

- Punkt 4 DS 17499/15
Förderung von Unternehmen in Braunschweig - Existenzgründerfonds
 Ausschussvorsitzender Hinrichs ruft die Vorlage auf.

Auf Nachfrage erklärt Wirtschaftsdezernent Leppa, dass es sich beim Tätigkeitsfeld der Fa. SOLAB um eine Ausgründung der Fa. SOLVIS GmbH & Co KG Braunschweig handelt, die dieses Tätigkeitsfeld sonst aufgegeben und ggf. auch einen Zulieferer außerhalb der Region beauftragt hätte.

Ausschussvorsitzender Hinrichs bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: [8] Nein: [0] Enthaltung: [0]

- Punkt 5 DS 17501/15
Mitgliedschaft in der Hanse-Gilde

Wirtschaftsdezernent Leppa geht auf den Ratsauftrag ein, nach dem sich die Verwaltung stärker beim Städtebund DIE HANSE engagieren soll. Die Benennung von Herrn Dr. Zirbeck als ehrenamtliches Mitglied der Hanse-Gilde ist eine gute Möglichkeit, das Engagement der Stadt Braunschweig zu steigern.

Auf Nachfrage skizziert Wirtschaftsdezernent Leppa kurz die Aufgaben der Hanse-Gilde. Es wird zugesagt, die Richtlinien der Hanse-Gilde der Niederschrift elektronisch im Ratsinformationssystem hinzuzufügen. Der Wirtschaftsausschuss äußert den Wunsch, dass Herr Dr. Zirbeck seine Tätigkeit für die Hanse-Gilde in einer späteren Sitzung des Wirtschaftsausschusses vorstellt.

Ausschussvorsitzender Hinrichs bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: [8] Nein: [0] Enthaltung: [0]

- Punkt 6 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

gez.

gez.

gez.

 Hinrichs
 Ausschussvorsitzender

 Leppa
 Wirtschaftsdezernent

 Trescher
 (Protokoll)

II. Nicht öffentliche Sitzung

Punkt 7 Genehmigung der Niederschrift der 25. Sitzung des Wirtschaftsausschusses (nicht öffentlicher Teil) vom 27. Februar 2015

Es werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Niederschrift wird genehmigt (bereits unter TOP 1 erfolgt).

Abstimmungsergebnis:

Ja: [7] Nein: [0] Enthaltung: [2]

Punkt 8 **Mitteilungen**

Es ergeben sich keine Mitteilungen im nicht öffentlichen Teil.

Punkt 9 **Anfragen**

Es ergeben sich keine Anfragen im nicht öffentlichen Teil

gez.

Hinrichs
Ausschussvor-
sitzender

gez.

Leppa
Wirtschaftsdezernent

gez.

Trescher
(Protokoll)